

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Republik. 1918-1930  
34 (1920)**

127 (3.6.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-433579](#)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich 4.50 Mark, bei Abholen von der Expedition 4.00 Mark, durch die Post bezogen vierfach jährlich 11.10 Mark, monatlich 3.70 Mark ausschließlich. Beifüllg.

# Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76,  
Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Donnerstag, 3. Juni 1920 \* Nr. 127

Redaktion: Peterstraße 76  
Fernsprecher Nr. 1265

## Um was es geht.

Von Dr. Eduard David, Reichsminister

Am 6. Juni steht das deutsche Volk vor einer Wahl. Wird es in genügend starker Mehrheit der Mitte wählen, den einzigen, der zur Überwindung wirtschaftlicher Not und zu neuem kulturellem Aufstieg führt? Oder wird die Entscheidung zu einem Masse-mäßig ins radikale Lager nach links oder rechts führen? Dann geht es unrettbar dem Abgrund zu.

Eine linksradikale Parteiherrschaft könnte sich nur mit den Mitteln des Terrors und brutalster Gewalt noch russische Muster eine Zeitlang aufrechterhalten. Sie würde zur völligen wirtschaftlichen Zerrüttung, zu wildesten Kämpfen zwischen Stadt und Land führen. Die Ablösung wäre die reaktionäre Militärdiktatur von rechts.

Brüder! Der Ausgang der Wahl eine Verstärkung der Rechtsparteien darstellt, das diese die Herrschaft übernehmen, dann ginge es dem gleichen Chaos entgegen. Die gesamte Arbeiterschaft würde sich zu schärfster Opposition zusammenballen. Gegen die Waffen einer reaktionären Soldateska würde die Waffe des Generalstreiks geworfen. Die Führung käme in die Hände der extremen Elemente. Das schändliche Ergebnis wäre die politische Malediktatur.

Der extreme Ausschlag nach rechts löst den extremen Ausschlag nach links aus und umgekehrt. Der Kapitalist und seine Folgerichtungen illustrieren diese Tendenz. Wer anfangt gewinnt, um bald zu verlieren. Daher das Antiquipspiel zwischen rechts und links, daher der „verflucht geliebte“ Gedanke des Nationalsozialismus, daher die Meinung in rechts- und linksradikalen Wahlversammlungen: wer nicht für uns stimmen will, der stimme lieber für unseren äußersten Gegenpol, als für eine Partei der Mitte.

Das sollte jedem, der nicht neuen Bürgerkrieg, sondern inneren und äußeren Frieden will, den rechten Weg zeigen. Die Männer der radikalen Linken wie der Rechten stehen ihren schlimmsten Gegner in der seitherigen Position. Der demokratische Mittelblod war das unüberwindliche Hindernis auf dem Wege zu ihrer Herrschaft. Um gilt es zu zertrümmern. Dann erkennt ihnen der Weg frei zur Diktatur mit den alten oder neuen Methoden der Gewalt.

Darin haben sie auch umsoviel recht. Der Weg aus Herrschaft der Extremen geht über die Riederei der Mitte. Aber darin haben beide Gegnerpieler unrecht, doch jeder von ihnen glaubt, sein Sieg sei ein dauernder. Nach der Diktatur von links und von rechts (oder in umgekehrter Reihenfolge) wird sich die Mehrheitsdemokratie von neuem durchsetzen. Denn eine andere Form der Regierung ist für ein politisch hochentwickeltes Land auf die Dauer nicht mehr möglich.

Das System der parlamentarischen Demokratie ermögliicht allein den legalen Machtwechsel zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten, zwischen ihren wirtschaftlichen Interessen und den Gegenräumen der Weltanteriorität. Je höher das kulturelle Leben eines Volkes in seiner breiten Masse sich entfaltet, um so weniger wird es sich das Recht der inneren Selbstbestimmung nehmen lassen. Die politische Demokratie allein gibt die Gewöhn der organischen Höherentwicklung auf allen Gebieten des Zusammenlebens, nicht zuletzt auch auf dem der wirtschaftlichen Organisation.

Dazu kommt für das deutsche Volk zurzeit noch die besondere außenpolitische Lage. Nur eine auf großer Mehrheit seitengünstige demokratische Regierung kann die schwierigste Herrschaft überwinden. Sodann eine extreme Regierungsbildung von links noch eine reaktionäre Bildung von rechts mit ihren offen oder verdeckt verdeckten monarchisch-militärischen Zielen, hat Aussichten auf Wilderung des Friedensvertrages. Die feindlichen Hoffnungen auf Spuren erledigt. Schortere Strangulierungsmassnahmen wären zu erwarten. Die Erfahrungen der Entente nach den Kapitulationen waren deutlich genug.

Allso auf die Dauer konnte weder eine unabdingbar kommunistische noch eine aus den „benachbarten Städten“ Sergi-Strelcynski gebildete Regierung in Deutschland das Heft in der Hand behalten. Man könnte darum verurteilt sein, ihnen mal vorübergehend das jüngstschwere Geschick der Steuerführung zu überlassen. Das wäre das beste Mittel, ihr krawulöse Maupolitik zum elenden Scheitern zu bringen. Allein, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit möglicht die Geduld besiegen. Die Opfer an Gut und Blut, die das Brockenpiel erforderte, wären fürchterlich.

Es ist das gesichtliche Verdienst der seitherigen Regierungskoalition, daß für den extremen Ausschlag der Revolution nach links oder rechts verhindert sei. Das Hauptverdienst fällt dabei der sozialdemokratischen Partei zu, die sich am 9. November 1918 dafür einsetzte, daß das Prinzip der Demokratie nicht von den Vertretern der proletarischen Diktatur über den Haufen gerammt wurde. Das sozialdemokratische Volksbeauftragten waren es auch, die unter den sozialistischen Bedrohungen von links die Wahl der Nationalversammlung durchsetzten und damit die Voraussetzung für alle weitere Wiederanzubauarbeit schufen. Aber auch den beiden dann in die Koalition mit eintretenden Parteien soll ihr Verdienst nicht abgenommen werden. Sie haben ebenfalls mitgearbeitet, die neue demokratische Ordnung zu schaffen. Das war ein verdammt schweres Stück Arbeit.

Die Entscheidung steht. Am 6. Juni, dem Tage der Wahl des ersten Reichstages der deutschen Republik, ist Sieg oder Niederlage des Volkes in Eure Hand gegeben!

## Der Feind steht rechts!

Eure politischen und sozialen Rechte sind in Gefahr, wenn die reaktionären Parteien als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehen. Dann wird Euch als Gründerinnen der Menschenrechtsgesetz! Denkt daran, daß Ihr durch Eure Stimmabgabe die künftige Politik der jungen Republik richtunggebend bestimmen sollt! Beweiseiter sollt Ihr den Gewählten Eures Vertrauens sein, damit die Gesetze in Eurem Sinne geschafft werden. Schützt die Bergbaustadt ab und verhindert Euch nicht ganz in die Hände der Feinde! Diese Sorgen werden stillen, wenn Ihr keinen Gewinn aus dem vornehmsten Recht des Staatsbürgers macht. Das Wahlrecht, richtig angewendet, ist ein Mittel zur Erleichterung Eures Überaus schwierigen Sozialen. Leben heißt kämpfen und kämpfen heißt, Schwierigkeiten überwinden. —

Ungeduld großer Hemmungen haben die Vertreter und Vertreterinnen der sozialdemokratischen Partei im Jahresmittel der Wahlperiode der Frau ihre besten Kräfte eingesetzt. Sie sind verschönt und verspottet worden, doch der Mut haben sie sich nicht rauschen lassen. Dann endlich kam der Tag, der den Frauen das Mitbestimmungsrecht brachte.

## Vorwärts wollen wir!

In die Hände der Frauen ist es jetzt gegeben, daß deutsche Soll mit aufwärts und vorwärts zu führen. Darum sollte auch unsere Frau sich obiges stellen, denn jede hat Wünsche, die sie jetzt noch in der Gegenwart erfüllt sehen möchte. Vieles braucht noch den einzigen Wunsch, ganz eine Mutter, ganz ein Haus zu sein zu können. Sie verlangen nach dem sozialen Kinderhand, das ihnen Kindern befreite Zukunft und sozialen Freiheiten bietet soll. Die Sozialdemokratie wird sich wie bisher für die Erfüllung dieser Wünsche einzusetzen. Das Hausfrauenlos soll durch Schaffung von Erzeuger- und Verbraucherorganisationen auf sozialstaatlicher Grundlage erleichtert werden. Die Erfassung und Verteilung der vorhandenen Lebensmittel will die Sozialdemokratie in geordneten Taten.

Die Arbeitnehmerinnen, Angestellten und Beamteninnen sehnen sich nach der wirtschaftlichen Gleichstellung mit ihren Kollegen. Auch dafür ist die Sozialdemokratie jetzt eingetreten. Sie wird auch weiterhin sich für den Grundtag einsetzen:

## zum Reichstag: Waigand-Hünlich

## Gleicher Lohn für gleiche Leistung!

Bei Erwerbstätigkeit soll den weiblichen Arbeitersinnen keine geringere Unterzahlung geahndet werden, als den männlichen. Den Hausangestellten soll ein neues Haushaltsgesetzenrecht verliehen.

Die Witwen und Witfer verlangen mit Recht nach ausreichenden Existenzmitteln, wie auch die frakten und hilflosen Personen von dem gleichen Wunsche erfüllt sind. Für den

## Schutz der wirtschaftlich Schwachen

hat die Sozialdemokratie sich stets eingesetzt und wird um so mehr dazu fähig sein, als ihr Kräfteverhältnis gehegt wird.

Eine durchgreifende Mutterhaftsverfürsicherung will die Sozialdemokratie, damit fürstig für die werdenden Mütter und das werdende Leben, gefundene Gesetze verhindern. Schwere vorbeladenen ist besser, als Schaden hinterlässt. Der Anfang ist bereit mit dem Gesetz für Wohlfahrt und Wohlfahrtspflege gemacht worden, und zwar auf Drängen der sozialdemokratischen Frauen in der Nationalversammlung.

Ein gräßliches Einheit soll die Einheitsschule führen, die keinen Eltern mehr kennt zwischen Kindern reicher und armer Eltern. Nicht der Geldbeutel soll entscheidend sein, sondern die Befähigung zur höheren Schulbildung, sondern die Begabung und Fähigkeit des Kindes und damit soll jedem Kind eine Kultiviermöglichkeit gegeben werden.

## Proletarische Mütter und Schwestern!

Gehst durch Eure Stimmabgabe der Sozialdemokratie zum Sieg. Sie ist die einzige Vertreterin wohler Arbeitersbildung von jetzt her gewesen und wird nicht ruhen, bis die Einheitsschule restlos durchgeführt und mit ihr ein neuer Geist in unsere Jugend eingesetzt ist. So wird der Gemeinschaftsgeist immer festere Burzeln schlagen und schließlich Gemeinschaftsgeist des ganzen aufstrebenden Volkes werden, was für die kommende sozialistische Wirtschaftsform die erste Voraussetzung ist.

Wählerinnen! Seid Euch der Wahl Eures Stimmzettels bewußt!

Wählt sozialdemokratisch! Sichert Euch in Zukunft, was die traurige Gegenwart Euch nicht gewährte könnte. Wer den Sonnenchein des Lebens gleichmäßig verteilen will, der wählt am 6. Juni die

## Liste der sozialdemokratischen Partei

## zum Landtag: Meyer-Hug.

Die Umbildung von der halbabolutistischen Monarchie zur demokratischen Republik der Welt sein leichtes Stück Arbeit gewesen. Unter den innen- und außenpolitischen Verhältnissen, unter denen die Regierungskoalition diese Aufgabe zu leisten hatte, ging es bis an die äußerste Grenze der physischen und seelischen Kraft aller derer, die in vorderster Reihe daran beteiligt waren.

Arbeiten und nicht verzweifeln, war die Lösung. Und wenn die Welt vom Wahnwürger wäre, es muß gelingen — mit diesem eisernen Willensentschluß zwang man das Steuer inmitten der Wirbelseisme und lenkte das Schiff an den Zirkus und zur Rechten drohenden Klippen vorbei in ruhigeres Fahrwasser. Aber aus der Gefahrenzone ist das Fahrzeug der jungen deutschen Republik noch nicht. Der Laufanfang vom 13. März und seine Nachfahrten haben gezeigt, was man sich noch verscheren kann. Der 6. Juni wird entscheiden, ob das Rettungsboot endgültig gelingt.

Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat sein Schiff nunmehr in der Hand. Mit der gefestigten Körperschaft wählt es zugleich seine Regierung, bestimmt es den Sozialstaat, der weiter gesteuert werden soll. Möchte sich jeder einzelne den vollen Verantwortung bewußt sein, die er bei Abgabe seines Votums trägt.

Der Weg nach links wie der nach rechts führt in den Abgrund.

Was die Entfestigung eines neuen Bürgerkrieges mit viel furchterregenden Opfern und Entzweitheiten als alles was wir erlebt haben, nicht will, der sorge dafür, daß eine starke Wehrkraft der Mitte erhalten bleibt. Es gilt unter armes gequältes Volk vor neuem unmöglichen Unheil zu bewahren.

Jeder wirklich wahrhaftig Fühlende, leiste unserem Volk dienst. Es ist die einzige Politik, die Aufbruch hat, sich national zu nennen. Und jeder, der über die Grenze des eigenen Volkes hinaus, das Schicksal der Menschheit











